

BStU
Archiv der Zentralstelle



MfS

SdM

Nr.

2240

Bericht über die Lage in den Bezirks- und Kreisämtern für Nationale Sicherheit

Die Arbeitsfähigkeit ist in 3 der 15 Bezirksämter (BÄ) für Nationale Sicherheit weitgehend gewährleistet, in 8 BÄ stark eingeschränkt und in den BÄ Leipzig, Rostock, Dresden und Erfurt nicht gegeben. Die Nachrichtenverbindungen der BÄ zum Amt für Nationale Sicherheit sind im wesentlichen über WTsch stabil.

Die Auflösung der Kreisämter (KÄ), die insgesamt planmäßig und äußerst diszipliniert erfolgte, ist im wesentlichen abgeschlossen. Von 209 KÄ und 7 Objektdienststellen (OD) sind 195 KÄ und 7 OD aufgelöst (93,3 %). Die Auflösung der noch verbleibenden 14 KÄ wird zügig fortgesetzt und in Kürze abgeschlossen. Die Verzögerung der Auflösung von KÄ resultiert vor allem

- aus dem Fehlen von Transportkapazität sowie
- durch Verweigerung bzw. Verzögerung des Abtransportes von Schriftgut durch Vertreter von Bürgerkomitees.

Die Mehrzahl der Objekte der KÄ ist an neue Rechtsträger übergeben bzw. die Übergabe ist vorbereitet.

Die Auflösung der KÄ war mit der Lösung komplizierter und umfangreicher Aufgaben des sicheren Transportes geheimzuhaltenden schriftlichen Materials und seines Schutzes vor unbefugtem Zugriff, des Ausbaus und Abtransportes operativer Technik, einschließlich Chiffriertechnik und WTsch sowie zur Auslagerung von Waffen in den VPKÄ bzw. BdVP verbunden. Alle diesbezüglichen Probleme wurden in enger Abstimmung mit der VP sowie in Sicherheitspartnerschaft mit den Bürgerkomitees bewältigt. Im Zusammenhang mit der Übergabe von Objekten werden zu den geheimdienstlich genutzten Objekten der Aufklärung und Abwehr im Interesse des Quellenschutzes und der weiteren Aufrechterhaltung der Funktionsfähigkeit der geheimdienstlichen Arbeit zu den jeweiligen Objekten individuelle Entscheidungen getroffen. Eine Reihe solcher Objekte wird für den Schutz von Patrioten auch weiterhin benötigt.

Über die Übergabe weiterer KÄ, rückwärtiger Einrichtungen sonstiger Dienstobjekte sowie von Ferien-, Kur- und Genesungsheimen, Gästehäusern, Wohnheimen und Mehrzweckobjekten wird ab 14. 12. 1989 täglich informiert.

Die Wirksamkeit der Regierungsbeauftragten wird als sachlich und konstruktiv eingeschätzt. Ihre Tätigkeit ist auf die unmittelbare Lösung anstehender Probleme ausgerichtet. Die Arbeitsbeziehungen zwischen den Mitgliedern der Einsatzgruppen des AfNS und den Regierungsbeauftragten waren jederzeit gewährleistet.

Ein bedeutsames Vorkommnis trat im KA Schmalkalden/Suhl im Zusammenhang mit der gewaltsamen Erstürmung des KA am 6. 12. 1989 auf, wobei es zum Verlust operativen Schriftgutes kam, dessen Umfang und Charakter nicht vollständig eingeschätzt werden kann. Diesbezügliches schriftliches Material wurde zum Teil in Betrieben an Wandzeitungen öffentlichkeitswirksam gemacht.

Im BA Suhl können gegenwärtig ca. 160 Pistolen sowie dazugehörige Munition im Bestand nicht nachgewiesen werden, da die Waffen der ständigen Waffenträger in den Panzerschränken gelagert werden und infolge der Versiegelung durch den Militärstaatsanwalt nicht in die Waffenkammern zurückgeführt werden können.

An der Rückführung wird entsprechend den gegebenen Möglichkeiten gearbeitet.

In mehreren Kreisen sind Mitarbeiter bzw. ehemalige Mitarbeiter der KÄ massiven Drohungen, Beschimpfungen und Diskriminierungen ausgesetzt. Der Leiter des KA Worbis mußte aus diesen Gründen kurzfristig seinen Wohnort verändern. In der Baumwollspinnerei Leinefelde werden ehemalige Mitarbeiter der Staatssicherheit sowie Personen, die Mitglieder der SED sind, nicht eingestellt. In Sömmerda wurden Geldauszahlungen auf Schecks an Mitarbeiter des KA verweigert.

Die Arbeitssuche für Mitarbeiter der KÄ gestaltet sich äußerst kompliziert. Vielfach sind die Möglichkeiten der Arbeitsvermittlung der Kaderorgane volkseigener Kombinate, Betriebe sowie staatlicher Einrichtungen erschöpft. Für einen Teil des Mitarbeiterbestandes, insbesondere in Berlin, werden von den Leitern der KÄ keine Lösungen ihres Einsatzes gesehen. In größerem Umfang haben die bisherigen Mitarbeiter der KÄ Tätigkeiten weit unter ihrer Qualifikation übernommen. Unter der Mehrzahl der Mitarbeiter herrscht tiefe Verbitterung und Enttäuschung.

Aus mehreren Bezirken liegen Informationen vor, in denen Bürger ihr Unverständnis über die vollständige Auflösung der KÄ zum Ausdruck bringen.

Auch Angehörige der VP äußerten, daß sie ohne das bisher übliche arbeitsteilige Zusammenwirken mit den Mitarbeitern der ehemaligen Kreisdienststellen bzw. der KÄ Probleme in der Aufrechterhaltung von Ordnung und Sicherheit erwarten.

Vertreter des "Demokratischen Aufbruchs", der "SDP", des "Neuen Forums" und weitere Bürger äußerten im Zusammenhang mit der Auflösung des KA Bitterfeld, daß es ihnen nicht um die Auflösung, sondern nur um eine Veränderung der Struktur und die Brechung des Machtanspruchs der SED im KA ging.

In einer in Roßlau unter Genossenschaftsbauern und fortschrittlich eingestellten Bürgern getätigten Umfrage stellten diese besorgt die Frage nach ihrem Schutz, insbesondere unter Bezugnahme auf die militanten Äußerungen auf der Montagsdemonstration am 11. 12. 1989 in Leipzig. Ähnliche Äußerungen, einschließlich von kirchlichen Vertretern, wurden in 4 weiteren Kreisen des Bezirkes Halle sowie in Kreisen der Bezirke Karl-Marx-Stadt, Cottbus, Schwerin und in Berlin bekannt. Bevölkerungskreise, die sich von den Leipziger Demonstrationen zurückgezogen haben, zeigten sich äußerst besorgt, daß jetzt keine Kräfte mehr vorhanden sind, die gegen neonazistische Auswüchse vorgehen.

Anlagen

Übersicht Leiter der BÄ

Übersicht personelle Reduzierung

BStU
000137

Anlage

Leiter der BÄ

1. BA Berlin : Generalmajor Hähnel, Siegfried
2. BA Cottbus :
3. BA Erfurt : Oberstleutnant Schuchardt, Horst
4. BA Frankfurt/Oder : Oberstleutnant Weckener, Gerhard
5. BA Gera : Oberstleutnant Trostorff, Michael
6. BA Halle : Oberst Schöppe, Rolf
7. BA Karl-Marx-Stadt: Oberst Schaufuß, Joachim
8. BA Leipzig : Oberst Eppisch, Reinhard
9. BA Magdeburg :
10. BA Neubrandenburg : Oberst Klaus, Erich
11. BA Potsdam : Oberst Ruchert, Peter
12. BA Rostock : Oberst Amthor, Artur
13. BA Schwerin : Oberst Kralisch, Günter
14. BA Suhl : Oberstleutnant Despang, Werner
15. BA Dresden : Oberst Köhler,

Stand: 12. 12. 1989, 24.00 Uhr

Bericht über die Lage in den Bezirks- und Kreisämtern für
Nationale Sicherheit

Die Arbeitsfähigkeit der Bezirksämter (BÄ) konnte schrittweise erhöht werden. Sie ist in 5 BÄ weitgehend gewährleistet (Cottbus, Gera, Halle, Neubrandenburg, Schwerin) und in 10 BÄ stark eingeschränkt.

Die Verbesserung der Gesamtlage wurde in allen Fällen durch das abgestimmte Zusammenwirken zwischen den BÄ, der VP bzw. den Bürgerkommissionen erreicht. Dieser Prozeß wurde durch die Aktivitäten der Regierungsbeauftragten und der Beauftragten des AfNS wirksam unterstützt.

Von den 209 Kreisämtern wurden 203 aufgelöst (97,1 %). Die Räumung der Kreisämter Leipzig-Stadt, Ueckermünde, Greifswald und Schmalkalden erfolgt am 14. 12. 1989, des Kreisamtes Erfurt am 15. 12. 1989. Die Gründe für die noch nicht realisierte Auflösung dieser 5 Kreisämter sind auf Transportprobleme (Kreisämter Erfurt und Leipzig) bzw. auf bisherige Forderungen/Behinderungen im Zusammenhang mit dem Abtransport von Schriftgut durch Bürgerinitiativen zurückzuführen.

Für die Auflösung des Kreisamtes Jena liegt noch kein Termin fest, da ein kurzfristiger Ausbau der operativen Technik bisher nicht möglich war. Es wird zunächst eine Einigung mit dem Nachnutzer angestrebt.

Die Nachrichtenverbindungen der Bezirksämter zum AfNS sind bis auf wenige Einschränkungen telefonisch über WTsch (Bezirksamt Dresden nur in der Zeit von 13.00 Uhr bis 20.00 Uhr) und fernschriftlich/Chiffriermöglichkeiten gewährleistet (BA Erfurt nur offener FS-Verkehr, BA Dresden ebenfalls ausschließlich offene FS-Verbindung in der Zeit von 13.00 Uhr bis 20.00 Uhr).

Von den bis zum 31. 12. 1989 zur Entlassung vorgesehenen 2 783 Mitarbeitern des AfNS und 3 000 Mitarbeitern der BÄ wurden bisher 588 bzw. 200 zum Zoll vermittelt. Des weiteren werden bis Jahresende 1 369 Angehörige des Wachregimentes entlassen.

Die Situation unter den Mitarbeitern der ehemaligen Kreisämter ist sehr kritisch. Es herrscht Unverständnis und Besorgnis über ihre weitere Entwicklung und Perspektive. Komplizierte Probleme werden bei der Einordnung in den zivilen Arbeitsprozeß gesehen. Eine Arbeitsplatzsicherung ist nicht immer gegeben.

In diesem Zusammenhang bringen Mitarbeiter der Kreisämter ihr Unverständnis über die überhastete Auflösung der Kreisämter zum Ausdruck, die ohne Vorbereitung der betroffenen Mitarbeiter erfolgte.

Auf einer Pressekonferenz am 12. 12. 1989 in Schwerin äußerten Vertreter des "Neuen Forum" ihre Sorge über die Perspektive der betroffenen Mitarbeiter. In Betrieben und Einrichtungen im Raum Potsdam kursieren seit dem 12. 12. 1989 mittels Ormigverfahren vervielfältigte Flugblätter mit nachstehend genanntem Text: "Wir fordern Euch auf, keine Einstellung von Parteifunktionären und Mitarbeitern des MfS vorzunehmen. Wir lassen sie verhungern. Sie waren und bleiben unsere Feinde. Sie wollen auch keine Einheit Deutschlands. Wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden, hängen wir die Kaderleiter auf."

Neues Forum
i. Auftrag

Reinhard Meinel"

Drei Vertreter des provisorischen Sprecherrates "Neues Forum" Potsdam, darunter Reinhard Meinel, distanzieren sich in der "Märkischen Volksstimme" vom 13. 12. 1989 von diesem Aufruf und erstatteten Strafanzeige gegen Unbekannt. Im "Sender Potsdam" verwahrte sich der Vertreter des "Neuen Forum", Kaminski, Detlef, gegen den Inhalt dieses Flugblattes.

Eine Mitarbeiterin des Bezirksamtes Erfurt, die bereits einen Arbeitsvertrag mit der Gärtnerei, Abteilung Forstung, in Erfurt-Gispersleben hatte, erhielt einen Brief mit folgendem Inhalt: "Wir Kollegen lehnen es ganz entschieden ab, mit einer Stasi-Sau zu arbeiten. Haben Sie wenigstens noch so viel Ehre und respektieren unsere Mahnung. Es könnte ansonsten ungemütlich für Sie werden. Das Kollektiv."

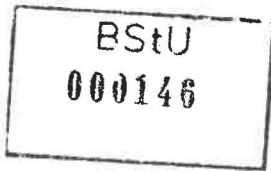
Die Arbeitsgruppe Staatssicherheit der zeitweiligen Kommission des Bezirkstages Suhl sprach sich in ihrem Zwischenbericht vom 13. 12. 1989 gegen Personen aus, die lautstark nach Selbstjustiz oder gar Lynchjustiz rufen. Es wird hervorgehoben, daß auch weiterhin Menschen für die Sicherheit des Landes arbeiten müssen.

Im Bezirk Cottbus äußerten zunehmend Einzelpersonen und kleinere Gruppen aus kirchlichen Kreisen, Anhänger des "Neuen Forum" und Mitglieder verschiedener Parteien aus Sorge um die künftige Gewährleistung der Sicherheit ihr Unverständnis über die Auflösung des Sicherheitsorgans. Von diesen Personen wird erwartet, daß schnell und definitiv eine Entscheidung über die Bildung eines Nachfolgeorgans herbeigeführt wird.

Im Zusammenhang mit der Auflösung des Kreisamtes Röbel/Neubrandenburg zeigten sich Vertreter des "Neuen Forum" ebenfalls besorgt. Sie gehen ebenfalls von der kurzfristigen Einrichtung einer Nachfolgeeinheit aus.

In einer Zusammenkunft von Mitgliedern von Bürgerkomitees, Regierungsbeauftragten und Mitarbeitern des Bezirksamtes am 13. 12. 1989 in Magdeburg wurde hervorgehoben, daß ein Sicherheitsdienst mit spezifischen Aufgaben gebraucht wird.

Eva Hillesheim, "Initiative für Frieden und Menschenrechte", äußerte telefonisch (13. 12. 1989) gegenüber dem AfNS, daß die Initiativgruppe ursprünglich den Antrag zur Auflösung des AfNS unterstützte. Seitens einiger Angehöriger der Initiativgruppe gebe es aber Bedenken. Sie seien der Meinung, daß die Opposition den Schutz, den die Bevölkerung braucht, nicht gewährleisten kann. Die H. bat um ein Gespräch im AfNS, um sich einen Überblick über die rechtsradikale Bedrohung in der DDR zu verschaffen. Ausgehend davon sollen im Gespräch am "Runden Tisch" am 18. 12. 1989 Bedenken gegen die Auflösung des AfNS geäußert werden. Die H. sprach sich vor allem gegen eine generelle Auflösung des Amtes aus. In einem zweiten Anruf teilte die H. mit, daß mehrere Initiativ- bzw. Oppositionsgruppen an Informationen über eine rechtsradikale Bedrohung in der DDR interessiert seien.



Anlage

Übersicht über übergebene Kreisämter/Objektdienststellen

	übergebene Kreisämter/Objektdienststellen (insgesamt 114 = 52,8 %)
Bezirksamt Berlin	4 Kreisämter an Räte der Stadtbezirke 2 Kreisämter an VPI
Bezirksamt Cottbus	14 Kreisämter an Räte der Kreise 1 OD an Generaldirektor Kombinat "Schwarze Pumpe"
Bezirksamt Erfurt	12 Kreisämter an Räte der Kreise
Bezirksamt Frankfurt/Oder	10 Kreisämter an Räte der Kreise
Bezirksamt Gera	6 Kreisämter
Bezirksamt Halle	24 Kreisämter/Objektdienststellen
Bezirksamt Karl-Marx-Stadt	17 Kreisämter an Räte der Kreise
Bezirksamt Leipzig	1 Kreisamt an Rat des Kreises
Bezirksamt Neubrandenburg	13 Kreisämter an Räte der Kreise
Bezirksamt Schwerin	10 Kreisämter

Anzahl der noch nicht übergebenen Kreisämter/Objektdienststellen: 102.

Die überwiegende Mehrzahl dieser Ämter wurde zur Übergabe vorbereitet. Zu beachten ist, daß sich einige Kreisämter innerhalb der Objekte der Bezirksämter befinden und zunächst nicht übergeben werden können.

In den Bezirken Dresden, Magdeburg, Potsdam, Rostock und Suhl wird die Übergabe intensiv vorbereitet und in den nächsten Tagen realisiert.

Die Bezirksämter Gera, Halle und Schwerin konkretisieren die Angaben zu den neuen Rechtsträgern am 14. 12. 1989.

(Es treten Erscheinungen auf, wonach übergebene, ehemals offiziell bzw. inoffiziell genutzte Objekte durch unbefugte Personen betreten und teilweise verwüstet wurden. In diesem Zusammenhang wurden in Bad Doberan und Ahrenshoop/Rostock Strafanträge gestellt.)